



Stellungnahme

DER MITTELSTANDSVEBRUND – ZGV e.V.

zum

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für gesicherte Kraftwerksleistung
(Kraftwerkssicherheitsgesetz)**

Berlin, 28. November 2024



DER MITTELSTANDSVERBUND bedankt sich für die Gelegenheit, zu dem oben genannten Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können. Das Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) verfolgt das Ziel, die Versorgungssicherheit in Deutschland langfristig zu gewährleisten und gleichzeitig die Dekarbonisierung der Stromerzeugung voranzutreiben. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere der Bau von „H2-ready“-Gaskraftwerken und die Förderung von Langzeitspeichern, sind begrüßenswert. Jedoch enthält der vorliegende Entwurf aus Sicht des Mittelstands erhebliche Schwächen, die dringend nachgebessert werden müssen. Dabei appellieren wir als MITTELSTANDSVERBUND an den Gesetzgeber, die folgenden Handlungsfelder des Entwurfs zu überarbeiten:

Handlungsfeld	Kritikpunkt	Handlungsempfehlung
Dezentralität	Überwiegender Fokus auf zentrale Großkraftwerke.	Dezentralität und „Efficiency First“-Ansatz stärken.
Kostenstruktur	Gefahr ineffizienter Märkte und steigender Umlagen.	Kosteneffiziente Alternativen wie Hedging prüfen.
Modernisierung	Neubauten gegenüber Modernisierungen bestehender Kraftwerke bevorzugt.	Gleichstellung von Neubauten und Modernisierungen.
Transparenz	Fehlende Klarheit zu finanziellen Auswirkungen.	Gesetzesfolgenabschätzung für bessere Planbarkeit.

Positive Ansätze und Chancen

Die geplante Einführung von Ausschreibungen für neue flexible Erzeugungskapazitäten ist grundsätzlich sinnvoll, um die Residuallast auch in einem Strommarkt mit hohem Anteil fluktuierender erneuerbarer Energien sicherzustellen. Ebenso ist die Fokussierung auf Wasserstoff als langfristig klimafreundlichen Energieträger zukunftsweisend. Besonders positiv hervorzuheben ist die angestrebte regionale Entlastung des Netzes durch die gezielte Ansiedlung neuer Kapazitäten im Süden Deutschlands.

Zentrale Kritikpunkte des MITTELSTANDSVERBUNDES

- 1. Fehlende Berücksichtigung dezentraler Ansätze und Effizienzmaßnahmen:** Der Entwurf setzt überwiegend auf zentrale Großkraftwerke. Der Mittelstand sieht hierin eine Vernachlässigung dezentraler und effizienter Lösungen, wie Kraft-Wärme-Kopplung oder flexible Laststeuerung, die sowohl die Resilienz des Stromsystems als auch die Wirtschaftlichkeit fördern könnten. Der „Efficiency First“-Ansatz der EU bleibt weitgehend unberücksichtigt.

2. **Kapazitätsmarkt – Gefahr steigender Kosten und ineffizienter Strukturen:** Der Übergang vom bisherigen Energy-Only-Markt hin zu einem Kapazitätsmarkt, wie im Entwurf vorgesehen, wird kritisch gesehen. Ein Kapazitätsmarkt führt zu Zahlungen für die bloße Bereitstellung von Kapazitäten, selbst wenn diese nicht abgerufen werden, was die Gefahr von ineffizienten Strukturen birgt. Diese Kosten werden auf die Verbraucher, insbesondere den Mittelstand, umgelegt.
3. **Eine Alternative zum Kapazitätsmarkt könnte in der Einführung einer Absicherungspflicht (Hedging) liegen.** Studien, wie die von Connect Energy Economics, haben gezeigt, dass ein verpflichtendes Hedging, bei dem Stromerzeuger ihre Lieferverpflichtungen am Markt absichern, sowohl kosteneffizienter als auch robuster wäre. Dies würde Preissicherheit schaffen, ohne zusätzliche Belastungen durch neue Umlagen zu generieren.
4. **Unklare Finanzierung und steigende Umlagen:** Die Finanzierung über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) und potenziell neue Umlagen für Stromverbraucher wirft Fragen hinsichtlich der langfristigen Tragbarkeit auf. Ohne eine klare Gesetzesfolgenabschätzung bleibt unklar, wie sich die Kosten auf Unternehmen und Verbraucher auswirken werden. Der Mittelstand fordert hier eine detaillierte Aufschlüsselung, um Planungsunsicherheiten zu vermeiden.
5. **Unzureichende Unterstützung für Modernisierungen:** Die Förderung von Modernisierungen bestehender Kraftwerke wird im Vergleich zu Neubauten benachteiligt, obwohl diese kosteneffizient zur Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung beitragen könnten. Eine Gleichbehandlung könnte sowohl den Umbau als auch die Akzeptanz der Energiewende fördern.

Handlungsempfehlungen

Um die Balance zwischen Versorgungssicherheit, Klimaschutz und wirtschaftlicher Tragfähigkeit zu wahren, fordert der Mittelstand:

- **Eine stärkere Berücksichtigung dezentraler, effizienter Technologien** und die Anpassung des Gesetzes an den „Efficiency First“-Grundsatz.
- **Eine fundierte Prüfung von Hedging-Modellen als Alternative zum Kapazitätsmarkt, um Kosten zu reduzieren und Effizienz zu fördern.**
- **Die Sicherstellung von Transparenz und Fairness bei der Kostenverteilung,** insbesondere durch eine nachvollziehbare Gesetzesfolgenabschätzung.

- **Eine ausgewogene Förderung von Kraftwerksneubauten und Modernisierungen von bestehenden Kraftwerken**, um bestehende Infrastruktur besser zu nutzen.
- **Die Vermeidung zusätzlicher Umlagen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands gefährden könnten.**

Fazit und Einschätzung

DER MITTELSTANDSVERBUND steht voll und ganz hinter dem Ziel der Energie-Versorgungssicherheit, fordert dabei aber Transparenz, Kosteneffizienz und Dezentralität für mittelständische Unternehmen. Das Kraftwerks-sicherheitsgesetz ist ein ambitionierter Versuch, Versorgungssicherheit und Klimaschutz miteinander zu verbinden, läuft dabei aber in seiner derzeitigen Ausgestaltung Gefahr, zentrale wirtschaftliche und technische Aspekte zu übersehen. Insbesondere der Mittelstand sieht sich durch die zusätzlichen finanziellen Belastungen und die mangelnde Berücksichtigung dezentraler Ansätze vor enorme Herausforderungen gestellt. Die geplanten Regelungen schaffen zwar einen Rahmen für die notwendige Transformation des Energiemarktes, doch bleibt unklar, ob sie die Lasten fair verteilen und eine nachhaltige Energiewirtschaft fördern. Stattdessen droht ein wirtschaftliches Ungleichgewicht, das die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, untergräbt.

DER MITTELSTANDSVERBUND fordert daher dringend, dass Alternativen wie Hedging-Modelle berücksichtigt werden. Sie könnten nicht nur effizientere und marktgetriebene Lösungen bieten, sondern auch zusätzliche Belastungen durch Umlagen vermeiden. Die einseitige Bevorzugung zentraler Großkapazitäten vernachlässigt potenziell resiliente und kosteneffiziente Lösungen. Damit gefährdet sie nicht nur die Akzeptanz der Energiewende, sondern auch die wirtschaftliche Basis der KMU, die als Rückgrat der deutschen Wirtschaft gelten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Entwurf in diesen Punkten nachzuschärfen, um nicht nur die Versorgungssicherheit und Klimaziele zu erreichen, sondern auch die wirtschaftliche Basis des Mittelstands zu schützen. Nur so kann ein Gleichgewicht zwischen ökologischen und ökonomischen Interessen geschaffen werden.

DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V. vertritt als Spitzenverband der deutschen Wirtschaft in Berlin und Brüssel die Interessen von ca. 230.000 mittelständischen Unternehmen, die in rund 300 Verbundgruppen-organisiert sind. Die kooperierenden Mittelständler erwirtschaften mit 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigten einen Umsatz von mehr als 507 Mrd. Euro (rund 18 Prozent des BIP) und bieten 430.000 Ausbildungsplätze. Einzelne Verbundgruppen treten unter einer Marke auf, z.B. EDEKA, REWE, INTERSPORT, EP: ELECTRONIC PARTNER, EXPERT und BÄKO. Alle fördern ihre Mitglieder durch eine Vielzahl von Angeboten wie etwa Einkaufsverhandlungen, Logistik, IT, Finanzdienstleistungen, Beratung, Marketing, Ladeneinrichtung und Trendforschung.